

Partei – Die Union will wieder Wahlen gewinnen. Wie das gehen soll, erklärt Geschäftsführer Thorsten Frei in Reutlingen

Zurück an die Macht

VON MIRIAM STEINRÜCKEN

REUTLINGEN. Die CDU will zurück an die Macht. Nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 nutzt sie die Zeit in der Opposition zur Generalüberholung. Oder wie Thorsten Frei sagt: »Um uns unserer Werte zu vergewissern.« Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion im Bundestag ist am Freitag auf die Achalm gekommen, um den Reutlinger Familienunternehmern das neue Grundsatzprogramm vorzustellen. Noch ist es ein Entwurf, aber die »großen Linien« sind schon erkennbar: Mit einer konservativen Kehrtwende begeben sich die Christdemokraten bei den kommenden Wahlen auf Stimmenfang.

»Schulden schaffen keine Spielräume. Schulden nehmen Spielräume«

Frei ist Baden-Württemberger. Auch wenn er mittlerweile mehr Zeit in Berlin als in Donaueschingen verbringen dürfte. Dort arbeitet der Parlamentarier im Bundestag, hier lebt der 50-Jährige mit Ehefrau und drei Kindern. Frei hat klein angefangen und sich hochgearbeitet. Nach dem Jura-Studium in Freiburg ging er in die Kommunalpolitik, war erst Stadtrat in seiner Geburtsstadt Bad Säckingen an der Schweizer Grenze und dann Oberbürgermeister von Donaueschingen. Bis er 2013 in den Bundestag gewählt wurde. Dort übernimmt er mittlerweile Spitzenämter in der Fraktion: früher als Stellvertreter der Vorsitzender, jetzt als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer. Das Outfit des Bundespolitikers ist inzwischen Berlin-konform: dunkler Anzug, helles Hemd, akkurate Krawatte. Doch das Herz des Abgeordneten aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis schlägt noch immer für den ländlichen Raum und die mittelständische Wirtschaft.

Doch Frei blickt weiter, weiter als Baden-Württemberg, weiter als Deutschland. Er blickt auf die Welt und sieht, dass sie sich verändert hat. Darum muss sich auch die Union verändern. »Neue Antworten auf neue Herausforderungen geben«, wie Frei sagt. »Um unsere Art zu leben in Zukunft zu gewährleisten, braucht es Wirtschaft, Technologie und Sicherheit.« Das ist das Dreigestirn, um welches das neue Grundsatzprogramm der Union kreist. Daran mitgeschrieben hat auch Frei, der sonst das Tagesgeschäft seiner Fraktion im Bundestag managt.

Besonders interessierte die Reutlinger Familienunternehmer naturgemäß die Wirtschaftspolitik der Union. Darum



Rückbesinnung auf konservative Werte: Die Leitlinien der Union für Wirtschaft, Technologie und Sicherheit stellt Bundestags-Geschäftsführer Thorsten Frei (rechts) auf der Reutlinger Achalm vor. Dort ist er zu Gast bei den Familienunternehmern, vertreten durch Moderator Rainer Knauer (Mitte). Links der Reutlinger CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Donth.

FOTO: PIETH/GEA

löcherte Moderator Rainer Knauer den Gast in gewohnt souveräner Manier mit Fragen zu Wachstumschancengesetz, Schuldenbremse und Unternehmenssteuer. Quintessenz: »Die deutsche Wirtschaft braucht Entlastung. Das sichert ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Aber die Finanzspritzen der Bundesregierung sind der falsche Weg.«

Man nehme nur das Wachstumschancengesetz: Die ursprünglich von der Ampel geplanten 7 Milliarden Euro Entlastung pro Jahr für die deutsche Wirtschaft schrumpften – durch Querschüsse von Union und Ländern – auf 3,2 Milliarden Euro. Ein Tropfen auf den heißen Stein, findet Frei. Auch im Vergleich zu enormen staatlichen Subventionen aus dem Hause Habeck für die Ansiedlung von Zukunftstechnologien. Für die neue Chip-Fabrik in Sachsen-Anhalt etwa bekommt der Technologie-Riese Intel 10 Milliarden Euro Steuergelder vom Bund. Und das ist nur ein Beispiel von vielen: Gefördert werden auch Hersteller von Elektrobatterien, Photovoltaikanlagen und Windkraftträgern. Von solchen öffentlich-privaten Kofinanzierungen hält Frei wenig: »Wenn Staats-Subventionen nötig sind, dann gibt es Standort-Probleme.«

Da hilft laut Frei auch keine Lockerung der Schuldenbremse. Der CDU-Mann

warn: »Schulden schaffen keine Spielräume. Schulden nehmen Spielräume.« Während die Zinslast vor zwei Jahren noch 4 Milliarden Euro betragen habe, seien es jetzt 40 Milliarden Euro – »fast 10 Prozent des Bundeshaushalts«. Die Tilgung werde künftigen Generationen aufgebürdet und beschneide die Gestaltungschancen der Politik. »Das ist ungerecht«, kritisiert Frei.

»Die Einbürgerung steht am Ende der Integration. Nicht am Anfang«

Stattdessen müsste an anderen Schrauben gedreht werden. Frei fordert: »Wir brauchen weniger Bürokratie, günstigeren Strom und niedrigere Steuern.« Für Unternehmen will die Union einen einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent. »Damit lägen wir im europäischen Mittel«, meint Frei. Auch die Bürger will er entlasten. »Leistung muss sich lohnen«, sagt er. Zum Beispiel, indem bei der Einkommensteuer der Spitzensatz später greift. Indem Bürgergeld nur bekommt, wer nicht arbeiten kann – nicht aber, wer nicht arbeiten will. Oder indem zwar Kinder gefördert werden – aber nicht qua Kin-

dergrundsicherung – dem Lieblingsprojekt von Grünen-Ministerin Lisa Paus – mit Direktzahlungen an Familien, sondern mit Investitionen in Bildung. »Diese Maßnahmen würden Wachstumsimpulse freisetzen«, ist Frei überzeugt.

Aber Wohlstand ist nichts ohne Sicherheit. Darum zeigt Frei klare Kante gegen den politischen Islam: »Wir müssen eine Grenze ziehen zu Gruppen, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung bekämpfen.« Auch illegale Migration muss nach dem Willen von Frei endlich effektiv beschränkt werden. Sein Vorschlag: das individuelle Asylrecht für den Einzelnen durch Kontingente für schutzbedürftige Gruppen ersetzen. »Dann bestimmt die deutsche Gesellschaft, wer kommt – nicht kriminelle Schleuserbanden.« Außerdem wehrt Frei sich gegen »Turboeinbürgerungen« von Einwanderern nach fünf Jahren. »Die Einbürgerung steht am Ende eines erfolgreichen Prozesses der Integration, nicht am Anfang«, findet er.

Die Union unter Parteichef Friedrich Merz kehrt zurück zu ihren konservativen Wurzeln. Das zeigt Freis Besuch auf der Achalm. Mal sehen, ob sie damit bei den Bürgern punkten kann. Gelegenheit bekommt sie bald: bei Wahlen zu Europaparlament, drei Landtagen und Bundestag in 2024 und 2025. (GEA)